

## EWIGE ARBEITSLOSIGKEIT.

Nein, sagt Gustav Cassel, dazu ist sie nicht imstande und dazu hat sie auch den Willen nicht. Sie denkt gar nicht daran, diese Leute weiter zu beschäftigen. Sie hat für sie gar keine Arbeit mehr. Sie sollen - auf Zeit ihres Lebens und für die Generationen auf ewige Zeiten - arbeitslos bleiben.

Klingt das hart? Nun, die Industrie denkt nach Gustav Cassel nicht daran; die Leute etwa verhungern zu lassen. Gott bewahre! Sie ist ganz damit einverstanden, dass sie zukünftig ihre Arbeitslosenunterstützung beziehen. Sie mögen das ruhig tun - und die Industrie wird sich gar nicht wehren, diese Unterstützung zu bezahlen. Ganz im Gegenteil. Sie weiss, dass sie damit noch ein gutes Geschäft macht. Und da diese Ausgabe nun einmal sein muss, so ist es ganz am Platze, dass man sie auch, wie irgendeine andere Sozialausgabe, in die allgemeinen Unkosten einkalkuliert. Man wird eben zukünftig im fertigen Produkt nicht nur die Unkosten für die Kranken- und Unfallversicherung, für Ferien und Freitage und andere unproduktive Arbeitszeit zu bezahlen haben, sondern auch die Unkosten für eine immerwährende Arbeitslosenunterstützung. Das soziale Bild wird also zukünftig so aussehen:

Es gibt eine arbeitende Schicht, die ihren Lohn erhält. Ueber ihr besteht eine nicht arbeitende Schicht, die der Rentner, der Dividenden- und Zinsbezüger, die nicht arbeitet, die aber ihren Anteil am Arbeitsertrag streng fordert und ihn durch keine unklugen Massnahmen schmälern lassen will. Ueber allem steht die Sicherung dieses arbeitslosen Einkommens, das um jeden Preis erhalten bleiben muss. Und um es erhalten zu können, müssen die Arbeitslosen unten, die auch nicht arbeiten, weil man sie nicht arbeiten lassen will, mit einer Entschädigung abgefunden werden, die auf jeden Fall kleiner ist als der Lohn, den sie beanspruchen würden. Das Beispiel ist rechnerisch ja so einfach. Wollen beispielsweise 1000 Arbeitslose arbeiten, so muss man ihnen einen Lohn bezahlen, der täglich vielleicht 10'000 Franken ausmacht. Sie erzeugen dabei aber nicht mehr, als heute schon gebraucht werden kann. Man könnte sie also nur beschäftigen, indem man für alle Arbeiter die Arbeitszeit ermässigen würde. Die Folgen eines solchen Zugeständnisses wären aber gar so nicht abzusehen. Zahlt man aber diesen arbeitslosen Elementen täglich eine Unterstützung von 5 Fr., dann erspart man nur an Lohn täglich 5000 Fr. oder im Jahr rund anderthalb Millionen Franken, wobei die Einsparungen für Sozialausgaben, die sonst gemacht werden müssten, gar nicht mitberechnet sind.

Wahnsinn, denkt man. Ja, das möchte fast so scheinen. Aber Gassei nimmt das durchaus ernst und mit ihm noch andere Leute. Im Wirtschaftsdienst schreibt beispielsweise Egon Bandmann:

„Es entsteht nämlich die Frage, ob nicht der technische Fortschritt in Verbindung mit der kartellmässigen Herrschaft fortlaufend weitere Schichten der europäischen Bevölkerung als entbehrlich aus dem Produktionsprozess ausschaltet, deren Unterhalt dann Aufgabe des Staates wird, für die also eine gewisse Rente in Preisen und Steuern einkalkuliert sein muss. Das Unheimliche dieser Möglichkeit verführt häufig zu der gedanklichen Verwerfung der Kartellwirtschaft. Nehmen wir aber die Konzentration als unabwendbar, so erscheint die Aufgabe sowohl der staatlichen Finanzwirtschaft wie der Sozialpolitik in einem ganz neuen Lichte. Während in den verflossenen Perioden der Rentner gleichsam an der Spitze der gesellschaftlichen Stufung stand, sei es als Aktionär, als Staatsgläubiger oder als Grundbesitzer, könnte in kommenden Zeiten der vom Staate mit seiner Rente ausgestattete Erwerbslose die unterste Schicht darstellen, die nicht aktiv zu arbeiten vermag und damit zum Proletariat im römischen Sinne wird, das heisst eine Schicht, die um der inneren Ordnung willen erhalten werden muss, die aber in den Produktionsprozess einzuspannen noch kostspieliger wäre.“

Das ist nun klipp und klar und ohne irgendwelche Humanitätsduselei das Geständnis, dass man mit dieser arbeitslosen Schicht als einer ständigen Erscheinung rechnet und gar nicht gesonnen ist, sie durch Arbeitszuweisung zum Verschwinden zu bringen. Aber ist es denn wirklich so etwas Ausserordentliches, was hier ausgesprochen wird? Spricht Bandmann nicht einfach aus, was Hunderte von Unternehmungen heute praktisch schon getan haben und weiter tun werden? Man erinnere sich doch an das Beispiel der Bundesbahnen. Sie haben rund 6'000 Mann entlassen, für die auf irgendeine Weise die Unterhaltskosten aufgebracht werden müssen. Mögen einige von andern Unternehmungen beschäftigt werden, so trifft es doch wiederum zu, dass sie selbst aus andern Plätzen Arbeiter hinausgetrieben oder doch ferngehalten haben, so dass für diese 6'000 Mann auf Kosten der Allgemeinheit die Unterhaltskosten aufgebracht werden müssen. Diese mögen sich auf etwa 9 Millionen Franken im Jahr belaufen. Aber da ihre Löhne im Betrag von etwa 30 Millionen Franken frei geworden sind, so beträgt die Ersparnis) nach kapitalistischer Rechnungsmethode rund 21 Millionen Franken, die nun dem arbeitslosen Einkommen oben zugute kommen. In Tat und Wahrheit sind die Erträge dieser Einsparungen ja nicht dem kleinen Verbraucher in Form reduzierter Fahrpreise, nicht der Industrie in Gestalt wesentlich erniedrigter Transporttaxen zugute gekommen, sondern fast ausschliesslich den Inhabern der Obligationen, deren Zinsgenuss, ganz abgesehen von der Staatsgarantie, so sichergestellt werden konnte. Man hat, das ist das Paradoxe, 6'000 Arbeiter arbeitslos gemacht, damit einige tausend Kapitalisten weiter arbeitslos bleiben dürfen. Der Fluch der

Arbeitslosigkeit lastet auf der Schicht unten - er wird zum Gewinn für die arbeitslose Schicht der Rentner oben.

Und es verdient festgehalten zu werden, dass dieser Zustand als durchaus normal empfunden wird, und dass ein Volkswirtschaftler vom Rufe Cassels diejenigen als Utopisten bemitleidet, die an eine Aenderung dieses Zustandes denken wollen. Finde man sich damit ab - etwas zu ändern gibt es da nichts. Diese Arbeitslosigkeit ist die logische Folge der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Gesetze. Sie wird ewig bleiben. .

Ernst Reinhard.

Der öffentliche Dienst, 24.6.1927.

Personen > Reinhard Ernst. Arbeitslosigkeit. OeD, 1927-06-24